

Nr. **XIX. GP.-NR**  
1305 /J  
1995 -06- 19

## ANFRAGE

der Abgeordneten Mühlbacher  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend neue Belastungen durch Einhebung eines  
Arbeitsmarktförderungsbeitrages

In einem Interview in der Tageszeitung "Die Presse" hat der  
Sozialminister seine Pläne bekanntgegeben, ab 1997 einen  
Arbeitsmarktförderungsbeitrag in der Höhe von ein paar  
Zehntelprozentpunkten des Bruttoeinkommens einzuführen.

Diese neue Belastung sollen - nach den Plänen des  
Sozialministers - all diejenigen zu tragen haben, die derzeit  
keine Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlen, also Beamte,  
Selbständige, Bauern und freiberuflich Tätige.

Angesichts dieser neuen Belastungsideen des Sozialministers  
stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister  
für Arbeit und Soziales folgende

## ANFRAGE

1. In welcher Höhe soll diese neue Steuer von wem ab wann  
eingehoben werden?
2. Wie hoch schätzen Sie den Ertrag dieser neuen Steuer?
3. Wofür sollen die Einnahmen aus dieser neuen Steuer verwendet  
werden?
4. Wie begründen Sie das Abgehen vom Versicherungsprinzip bei  
Sozialbeiträgen und das Übergehen auf das Steuerprinzip?
5. Welche Einsparungsmöglichkeiten sehen Sie in Ihrem Bereich,  
wenn der soziale Mißbrauch energisch bekämpft würde?